

# Der Vollzugsdienst

6/2010 - 57. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zum Weihnachtsfest  
und  
Jahreswechsel**

Jahresrückblick des BSBD-  
Bundesvorsitzenden Anton Bachl

Seite 1

**Der BSBD erneuert  
seine Forderung nach  
Mindestlöhnen**

Die Privatisierung fördert  
das Lohndumping

Seite 2

**Der Hessische  
Justizvollzug ist personell  
am Ende**

Gewerkschaftstag des BSBD Hessen  
gegen Personalkürzungen

Seite 23

Landwirtschaftliche Außenstelle der JVA Freiburg



Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe: Kriminalität von Aussiedlern, Teil 3

# Zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel!

## Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie schon in den Jahren zuvor möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, alle **BSBD**-Mitglieder herzlich zu grüßen. Ich verbinde diesen Gruß mit einem aufrichtigen Dank für Ihre Verbundenheit zur *Gewerkschaft Strafvollzug*. Aus zahlreichen Zuschriften, Aufmunterungen und Bestätigungen haben wir entnehmen können, wie stark Sie sich mit Ihrer Fachgewerkschaft solidarisieren.



Klaus Jäkel.

## Wirtschaftskrise: War da was?

Vor nicht einmal zwei Jahren waren die Sorgen um unsere wirtschaftliche Zukunft groß. Die Wirtschaftsexperten sagten eine lange Zeit ohne wirtschaftliches Wachstum voraus. Weitreichende Einkommenseinbußen und ein Stillstand an beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Überführung öffentlicher Aufgaben in private Trägerschaft ständen uns bevor. Bewahrheitet hat sich davon zum Glück nicht so viel. Das Wirtschaftswachstum hat sich schnell erholt. Dank des geleisteten Lohnverzichts der Arbeitnehmer geht es der Wirtschaft blendend. Selbst die Rettung der Banken hat diesem Sektor Rekordgewinne beschert. Es hat schon etwas für sich, wenn man in der Lage ist, wirtschaftlichen Erfolg zu privatisieren und wirtschaftlichen Misserfolg dem Steuerzahler aufzubürden.

Was zu Beginn des Jahrzehnts an bedeutenden Erfolgen für die Beschäftigten im Strafvollzug erreicht werden konnte, lässt sich gegenwärtig nicht in dem erforderlichen Maße fortentwickeln. Die öffentliche Hand hat wegen der Rettung der Banken hohe Schulden machen müssen, so dass die hohen Einkommenseinbußen der Kolleginnen und Kollegen bislang nicht ausgeglichen werden konnten. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung muss diese Entwicklung sofort gestoppt werden. Sie bleiben nicht ohne Folgen auf die Arbeitsmotivation und damit auch auf die Leistungsstärke des öffentlichen Dienstes. Eine solche Entwicklung wirkt sich auf zahlenmäßig kleine Gruppen innerhalb des öffentlichen Dienstes, wie sie u.a. im Strafvollzug anzutreffen sind, besonders nachteilig aus. **Es ist den Kolleginnen und Kollegen zudem nicht zu vermitteln, dass sie horrenden Steuermilliarden aufbringen sollen, um einen finanziellen Rettungsschirm für Länder zu spannen, die über ein höheres Pro-Kopf-Einkommen verfügen als die Kolleginnen und Kollegen selbst.**

## Rettungsschirm für Pleite-Staaten und Begrenzung der Neuverschuldung rechtfertigen keinen Stillstand im öffentlichen Dienst

Die von den Wirtschaftswissenschaftlern noch vor Jahresfrist prognostizierte Rezession hat zum Glück nicht stattgefunden.

Die Zahl der Arbeitslosen konnte nicht zuletzt wegen einer vernünftigen Beschäftigungspolitik mit der Ausweitung des Instrumentes der Kurzarbeit weitgehend stabil gehalten werden. Trotzdem ist der Beschäftigungsbereich ein zentrales Problem. Zwischenzeitlich ist es Deutschland gelungen, vor allem im Dienstleistungsbereich zu einem Billig-Lohn-Land zu werden. Dies hat zwar die Beschäftigungsquote gestützt, allerdings auch zu einer dauerhaften Subvention der Wirtschaft geführt. Jetzt, wo die Wirtschaft wieder brummt, verlangen die Kolleginnen und Kollegen einen „kräftigen Schluck aus der Pulle“. Dies gilt auch für den öffentlichen Sektor. In den zurückliegenden Jahren ist der öffentliche Dienst mit Blick auf das Erfordernis der Haushaltskonsolidierung zum Opfer einer ausufernden Sparpolitik geworden. Keine andere Bevölkerungsgruppe hat sich mit so hohen Beträgen an der Reduzierung der Netto-Neuverschuldung beteiligen müssen.

## Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt



Zeitweise sah die wirtschaftliche Entwicklung überaus kritisch aus.

Die Zeit der Bescheidenheit ist deshalb auch vorbei. Dauerhafte finanzielle Transferleistungen zwischen den europäischen Staaten, die dazu führen, dass deutsche Arbeitnehmer nicht mehr in dem erforderlichen Umfang an der vorrangig von ihnen erbrachten Wirtschaftsleistung teilhaben, können und werden



Die Hypo-Real-Estate, finanziell ein Fass ohne Boden, ist zum Synonym für die „Zocker-Mentalität“ der Banken zu Lasten des Steuerzahlers geworden.



Entwickeln sich neben Hünfeld in Hessen auch die beiden teilprivatisierten Vollzugseinrichtungen in Burg (Sachsen-Anhalt) und Offenburg (Baden-Württemberg) zu abschreckenden Beispielen einer verfehlten Justizpolitik?

keine Akzeptanz finden. Hier muss die Politik ihre Hausaufgaben machen und eine **einheitliche europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik durchsetzen** oder den Kreis der Euro-Länder auf **einen Kernbereich mit vergleichbaren Strukturen reduzieren**. So könnte Irland angesichts seines hohen Pro-Kopf-Einkommens durchaus Steuereinnahmen auf deutschem Niveau erzielen. Stattdessen verzichtet es hierauf mit Billigung der EU und flüchtet sich unter den finanziellen Rettungsschirm, für den die Bundesrepublik den größten Haftungsanteil zu übernehmen hat.

**Im neuen Jahr stehen Tarifverhandlungen für Beschäftigten der Länder auf der Tagesordnung. Nur im Falle eines schnellen Tarifabschlusses könnten Arbeitskampfmaßnahmen vermieden und ein konjunkturstabilisierender Effekt erzielt werden. Erweist sich die Politik als uneinsichtig, wird sie die Kolleginnen und Kollegen kampfbereit finden.**

### Privatisierung des öffentlichen Dienstes senkt Leistungsbereitschaft der Beschäftigten

Die **neoliberalen Tendenzen in der Politik** haben den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Personalkosten in den zurückliegenden Jahren pauschal als Sündenbock für politischen Stillstand abgestempelt. Vielfach wurde aus zum Teil populistischen Gründen nach Zurückdrängung der öffentlichen Verwaltung gerufen. **Diese Tendenzen haben sich verheerend auf die Motivation und Leistungsfähigkeit der öffentlich Beschäftigten ausgewirkt. Was soll man auch von einem Arbeitgeber halten, der die erbrachte Leistung seiner Mitarbeiter nicht wertschätzt, sondern ständig nach der privaten Alternative ruft?**

Die Politik muss hier dringend umdenken. Schließlich sollten die Aufgaben des Staates effektiv, aber auch kosteneffizient wahrgenommen werden. Die in zahlreichen Modellversuchen erprobten Teilprivatisierungen im Strafvollzug haben bislang sowohl in Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt zu den Erkenntnissen geführt, dass schlecht ausgebildetes Personal



keine Qualitätssteigerung bewirken kann und **dass die eingekauften Dienstleistungen auch nicht kostengünstiger sind**. Politische Dogmen verhindern es bislang noch, dass die Politik Fehler als Fehler anerkennt. **Diesen ideologieversessenen Vertretern einer neoliberalen Geisteshaltung sei ins Stammbuch geschrieben: Ein politisches System, das es ablehnt, aus den eigenen Fehlern zu lernen, ist zum Untergang verurteilt!** Einzig die sachsen-anhaltinische Justizministerin, **Prof. Dr. Angela Kolb (SPD)**, scheint aus anderem Holz geschnitzt zu sein. Sie räumt freimütig die Schwächen der teilprivatisierten JVA Burg ein und beklagt einen großen Verlust an Flexibilität. Man ist eben nicht mehr Herr im eigenen Haus!

### Die Sicherheit der Allgemeinheit gleicht ohne wirksamen Strafvollzug einem Kampf gegen Windmühlen

Eine Kriminalität auf hohem Niveau und besonders die Zunahme der organisierten Kriminalität stellen hohe Anforderungen an den Strafvollzug und die Sicherheitsbehörden. Bei allen politisch Verantwortlichen sollte sich die Einsicht Raum verschaffen, dass der Kampf gegen Kriminalität nicht nur eine effiziente Polizei, sondern ebenso dringend einen wirksamen, funktionstüchtigen Strafvollzug erfordert. So gesehen leistet auch der Strafvollzug mit seinen Beschäftigten einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit unserer Gesellschaft. Was die Polizei angeht, so besteht allgemeiner Konsens darüber, dass im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen auch die Laufbahnen dieser Berufsgruppe attraktiver auszugestalten sind. Dabei kann und darf nicht übersehen werden, dass auch den Beschäftigten des Strafvollzuges bei vergleichbaren Anforderungen verbesserte Berufsperspektiven zubilligt werden müssen. Im Zuge der demnächst anstehenden Dienstrechtsreform erwartet der **BSBD** von der Politik die dingend erforderliche Berücksichtigung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten nach einer aufgaben- und leistungsgerechten Besoldung.

### Privatisierung im Sicherheitsbereich wird von der Allgemeinheit abgelehnt

Die Privatisierungswut der Politik hat zu einem beträchtlichen Teil dazu beigetragen, dass solche Absichten von der Bevölkerung weit kritischer als noch vor Jahren betrachtet werden. Galt Privatisierung früher als Synonym für Modernität und



Das Erreichen von strukturellen Einkommensverbesserungen hat im neuen Jahr gewerkschaftliche Priorität.

Innovation, so wird sie heute von der Allgemeinheit im Sicherheitsbereich strikt abgelehnt. Eine Forsa-Umfrage hat ergeben, dass 91 Prozent der Bürgerinnen und Bürger eine Privatisierung im Strafvollzug kategorisch ablehnen. Nicht umsonst haben die privatisierungskritischen Parteien bei den letzten Wahlen deutlich an politischem Einfluss gewonnen. Es gibt auch fast keinen Bereich, in dem durch Privatisierung etwas besser geworden wäre. Die vielen Privatisierungen im kommunalen Bereich haben eben nicht zu einer Reduzierung der Kosten für die Bürger geführt. Die Bundesbahn erzielt zwar Gewinne, dies aber nur, weil die Politik die Kosten des Schienennetzes dem Steuerzahler aufbürdet. Für den Bahnkunden ist hingegen nichts besser geworden. Das, was man durch die höhere Geschwindigkeit der Züge an Zeit gewinnt, büßt man durch vermehrte Verspätungen gleich wieder ein. Es gab mal eine Zeit, da konnte man die Uhr nach den Zügen stellen.

Trotzdem sehen politische Eiferer die Privatisierung immer noch als Zauberformel auch für den Strafvollzug an. Wie ist es anders zu verstehen, dass Bundesland für Bundesland seine negativen Erfahrungen selbst machen möchte. Dabei wäre es im Interesse des Steuerzahlers schlau, auch einmal aus den Fehlern der anderen zu lernen. Politische Weitsicht beweist nämlich nur derjenige, der richtige Schlussfolgerungen aus den Fehlern der anderen zu ziehen vermag, ohne diese Fehler immer aufs Neue zu wiederholen. Jetzt sind Niedersachsen und Berlin gerade im Begriff ins Werk zu setzen, was bereits in Hessen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg unter Experten als gescheitert gilt. Für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus (CDU)** kann es sich als fataler Fehler erweisen, seinen Koalitionspartner, die privatisierungssüchtige **FDP**, bei der Teilprivatisierung des Strafvollzuges nicht gebremst zu haben. Neben Stuttgart 21 werden die Experimente im Strafvollzug der Regierung bei den kommenden Wahlen sicher nicht auf die Habenseite schlagen.

Bei Privatisierungen im Strafvollzug wird die so wichtige Frage nach der Qualität kaum gestellt. Pauschal wird behauptet, der erreichte Qualitätsstandard werde zumindest gehalten. Woher nehmen private Anbieter eigentlich den Mut und die Dreistigkeit, eine solche Behauptung aufzustellen? Mit der gleichen Berechtigung könnte man die Behauptung aufstellen, weshalb benötigen wir für eine Blinddarmpoperation einen Chirurgen, wenn der Friseur doch auch mit „scharfen Geräten“ umgehen kann?

Der **BSBD** hat in der Vergangenheit gesteigerten Wert darauf gelegt, dass durch eine verbesserte Ausbildung der Strafvollzugsbediensteten die Qualität und damit die Effizienz des Vollzuges gesteigert wird. **Es kommt einem Ausverkauf des Strafvoll-**

zuges gleich, wenn nicht speziell für den Dienst ausgebildete private Sicherheitsdienste mit wichtigen Vollzugsaufgaben betraut werden und zumindest auf diesem Gebiet das Gewaltmonopol des Staates der gewinnorientierten unternehmerischen Dispositionsfreiheit unterworfen wird.

Infiziert von dem Virus der Privatisierung sind neben Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt auch die Bundesländer Niedersachsen, Berlin und Brandenburg. In Nordrhein-Westfalen hat die neue Landesregierung bislang alles unterlassen, was in Richtung Privatisierung hätte gedeutet werden können. Da Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft (SPD)** einer Minderheitsregierung vorsteht und Privatisierungen im Vollzug vom Koalitionspartner strikt abgelehnt werden, wird diese kritische Haltung zur Privatisierung vollzuglicher Aufgaben hoffentlich von Dauer sein.

## Neue Landesregierung und Gewerkschaftsarbeit

Trotz Wirtschaftskrise war die **BSBD**-Gewerkschaftsarbeit im Großen und Ganzen erfolgreich. Gehemmt wurde die Arbeit allerdings durch die Landtagswahl 2010, die keine klaren parlamentarischen Mehrheiten erbrachte. So zogen sich die Verhandlungen hin, ehe **SPD** und **Bündnis 90/Die Grünen** sich zur Bildung einer Minderheitsregierung zusammenraufeten.

Vor allem Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft (SPD)** hat es sich auf die Fahne geschrieben, die durch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung vorgenommene „Kastration des Personalvertretungsrechts“ rückgängig zu machen. Die erklärte Absicht, mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen „auf Augenhöhe“ zu verhandeln und das Mitbestimmungsrecht deutlich auszuweiten, ist bei den Kolleginnen und Kollegen sehr gut angekommen.

Andere Vorhaben, die dem **BSBD** auf den Nägeln brennen, genießen noch nicht die vorrangige Priorität. Seit der Bund im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit für Besoldung und Versorgung an die Länder abgegeben hat, herrscht in



Das Erreichen von strukturellen Einkommensverbesserungen hat im neuen Jahr gewerkschaftliche Priorität.

diesem Bereich absoluter Stillstand. Zwar konnte die Schaffung eines neuen Spitzenamtes für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst realisiert werden, doch müssen auch die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Laufbahnen des Vollzuges im mittleren und gehobenen Dienst durch Anhebung der Obergrenzen dringend verbessert werden.

Der **BSBD** wird nachdrücklich dafür eintreten, dass die notwendigen Vorarbeiten für eine Dienstrechtsreform auf die politische Agenda gesetzt werden. Dabei wird der **BSBD** dafür

kämpfen, dass das bisherige starre System der Laufbahngruppen überwunden, zumindest aber modifiziert wird.

Ziel ist es, berufliche Karrieren im öffentlichen Dienst nicht überwiegend von der Einstiegsqualifikation abhängig zu machen. Der Kenntniserwerb durch berufliche Erfahrung, Fort- und Weiterbildung soll vielmehr eine deutlich stärkere Gewichtung erhalten, um nicht von vornherein Laufbahnbarrieren einzuziehen, die später kaum übersprungen werden können.

Der **BSBD** strebt eine gesetzliche Regelung an, die Potentiale der Kolleginnen und Kollegen besser als gegenwärtig für die Aufgabenerledigung zu nutzen, ihnen aber gleichzeitig die Perspektive zu verschaffen, das Kenntnisse und Kompetenzen, die während des beruflichen Wirkens erworben werden, auch das Überspringen der bisherigen Laufbahngrenzen ermöglichen.

Es bleibt zu hoffen, dass die neue Landesregierung die Dienstrechtsreform mutig und schnell auf den Weg bringt und sich dabei nicht von der finanzwirtschaftlichen Lage des Landes ab-

schrecken lässt. Die Dienstrechtsreform stellt eine große Chance dar, den öffentlichen Dienst modern, leistungsorientiert und zukunftsweisend auszugestalten.

**Die Herausforderungen für die Gewerkschaftsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind benannt. Lassen Sie uns diese Aufgaben gemeinsam angehen. Wenn wir solidarisch zusammenstehen, werden wir unsere Interessen auch durchsetzen können.**

Zur Erreichung der angestrebten Ziele wünsche ich uns allen Gesundheit, Kraft und Ausdauer, nicht weniger aber eine objektive, vorurteilsfreie und realistische Sicht für das jeweils Machbare.

*Zu Weihnachten und zum neuen Jahr bin ich mit allen guten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familien*

Ihr  
Klaus Jäkel

Polizei und Justiz stehen vor enormen Herausforderungen

## Sind jugendliche Intensivtäter die Gefängnisinsassen von morgen?

**J**ugendliche Intensivtäter stellen Polizei und Justiz vor enorme Herausforderungen. Viele Straftaten führen lediglich zur Feststellung der Personalien und haben sonst keinerlei Konsequenzen, weil die Täter regelmäßig noch nicht strafmündig sind und lediglich wieder in die Obhut der Eltern gegeben werden. Von den Opfern wird dieser Umgang mit dem Problem oftmals als Kapitulation des Staates erlebt. Sie fühlen sich als Opfer diesem Phänomen hilflos ausgeliefert. Die Bücher von Kirsten Heisig und Thilo Sarrazin haben u.a. gerade diesen Aspekt kritisch beleuchtet und damit in Fokus der öffentlichen Sicherheitsdebatte gerückt. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat nun reagiert und plädiert für die Schaffung von „pädagogisch hochintensiven Betreuungseinrichtungen“.

Nicht gesellschaftliche Stigmatisierung ist nach Auffassung des Ministers das Ziel, sondern die pädagogische Betreuung von strafrechtlich auffälligen Kindern ab neun Jahren. Nordrhein-Westfalen will viel Geld in die Hand nehmen, um sich abzeichnende kriminelle Karrieren bereits am Beginn dieser Entwicklung zu stoppen. Mit einem bundesweit bislang nicht erreichten Betreuungsverhältnis will der Minister sich dem Problem stellen. Jedes Kind soll danach durch einen eigenen Betreuer pädagogisch angeleitet und geführt werden. Damit steigen allerdings die Kosten pro Einzelfall auf rd. 60.000 Euro jährlich. Nordrhein-Westfalen will bereits 2011 erste Modellprojekte realisieren und dafür 20 Millionen Euro investieren.

Erklärtes Anliegen des Ministers ist es, den **Drehtüreffekt** zwischen Straftat, Jugendhilfe und erneute Rückfälligkeit zu vermeiden. Stattdessen soll die Intensivbetreuung das nachholen, was das Elternhaus augenscheinlich



Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) will junge Intensivtäter in Jugendheimen unterbringen und wirksam pädagogisch betreuen lassen.

an Werten und Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben nicht vermitteln konnte. Jäger zufolge setzt Nordrhein-Westfalen künftig auf intensive Behandlung auffälligen Verhaltens, um das dauerhafte Abgleiten von Kindern in kriminelle Strukturen zu unterbinden. Boot-Camps nach amerikanischem Muster erteilte er eine Absage. Der Minister ist überzeugt, dass sich auffällige Kinder nur zu einem frühen Zeitpunkt und nur mit hohem pädagogischen Aufwand ausreichend prägen ließen, um nicht dauerhaft auf die „schiefe Bahn“ zu gelangen.

Unterstützung findet Landesinnenminister Jäger durch die Jugendhilfe. Deren Vertreter halten eine so frühe Intervention für notwendig und praktikabel, weil bei etwa 80 Prozent aller auffälligen Kinder schon gegen Ende der Grundschulzeit erkennbar sei, ob sie mit hoher

Wahrscheinlichkeit die Intensivtäterlaufbahn einschlagen.

Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr dürfen Kinder nur in offenen, nicht aber in geschlossenen Heimen untergebracht und betreut werden. Dies stellt nach Einschätzung des Ministers ein Problem für seine Erziehungsmaßnahmen dar, weil für die pädagogische Intervention die physische Anwesenheit des Probanden zwingende Voraussetzung ist.

Nach skandinavischem Vorbild will Jäger die Heime mit der individuellen Rund-um-die-Uhr-Betreuung in abgelegenen Ecken des Landes ansiedeln, um den untergebrachten Kindern „keine Anreize zum Weglaufen“ zu bieten.

Mit seinem Konzept der Frühintervention, ist Jäger überzeugt, ließen sich kriminelle Karrieren bereits in einem frühen Stadium unterbinden.

Die beträchtlichen Kosten sollen sich teilweise amortisieren, weil durch verminderte Straftaten und verhinderte JVA-Aufenthalte Millionenbeträge eingespart werden könnten.



Nordrhein-Westfalen will junge Intensivtäter in landschaftlich idyllischen, aber abgeschiedenen Bereichen durch intensive, behandlungsorientierte Interventionen vor einem Abgleiten in die Kriminalität bewahren.

JVA Aachen:

## Im Prozess gegen Michalski und Heckhoff hatten die Gutachter das Wort

In Aachen wird der Prozess gegen Peter Paul Michalski, Michael Heckhoff und einen Mitarbeiter des Justizvollzugsdienstes fortgeführt. Die beiden Schwerverbrecher waren im November 2009 mit Hilfe des Beamten aus dem Aachener Hochsicherheitsgefängnis ausgebrochen. Das Aachener Landgericht gleicht an Verhandlungstagen einer Festung. Ein Großaufgebot schwer bewaffneter Polizisten sorgt dafür, dass der Prozess gegen die beiden Schwerverbrecher Peter Paul Michalski (46) und Michael Heckhoff (51) sowie einen mitangeklagten Beamten des Justizvollzugsdienstes störungsfrei verläuft. Am Abend des 26. November 2009 waren Michalski und Heckhoff aus der Justizvollzugsanstalt Aachen geflohen. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft hatte der 40-jährige Mitangeklagte schon Wochen vorher eine Schreckschusspistole für Heckhoff als Gegenleistung dafür besorgt, dass der ihm illegale Geschäfte mit anderen Gefangenen vermittelte. Den angeklagten Schwerverbrechern wird Menschenraub, Erpressung und Geiselnahme vorgeworfen. Der Vollzugsbedienstete ist wegen Gefangenenbefreiung, Bestechlichkeit und Beihilfe zum Raub angeklagt. Dieser Tage trugen die beauftragten Psychiater ihre Gutachten vor.

### Heckhoff ist ein „klassischer Psychopath“!

Zwischen seinen zahlreichen Gefängnisaufenthalten befand sich **Heckhoff** vorübergehend insgesamt elf Monate auf freien Fuß. In dieser Zeit überfiel er drei Banken und nahm mehrere Geiseln. **Dr. Annette Rauch**, die Gutachterin, hält **Heckhoff** für einen „klassischen Psychopathen“. Er war auch in der Haft kein netter Mensch. Er versuchte aus verschiedenen Einrichtungen auszubrechen, plante Entweichungen und nahm Geiseln. Sein letzter Versuch fand zusammen mit **Michalski** im November letzten Jahres statt. Auch in diesem Fall brachte er Geiseln in seine Gewalt.

Wegen dieser Kriminalitätskarriere sowie etlichen älteren Gutachten und eigenen Untersuchungen ist die Gutachterin

Monotonie der Haftanstalt und deren geringe Lockerungsbereitschaft ins Feld. Diese Argumentation lässt die Psychiaterin jedoch nicht gelten.

Vergleichbare Begründungen habe **Heckhoff** auch schon bei den früheren Taten ins Feld geführt, erklärte **Rauch**. Und auch die Einlassung von **Heckhoff** und **Michalski**, sie hätten sich verabredet, keine Gewalt anzuwenden, sei eine klare Relativierung. Dass niemand habe zu Schaden kommen sollen, sei schließlich auch gründlich misslungen. Auch wenn die Geiseln keine körperlichen Blessuren davongetragen hätten, so habe das Ausmaß der Angst zur psychischen Traumatisierung geführt. Und dass **Heckhoff** mit einer scharfen Waffe auf der Flucht gewesen sei, zeige ebenfalls dessen Gewaltbereitschaft. **Heckhoff** begleitete die Ausführungen der Gutachterin mit Kopfschütteln oder bissigen Kommentaren.



Heckhoff.

Michalski.

rin sieht die Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung als erfüllt an. „Bei Herrn **Michalski** kann man von einem eingeschliffenen inneren Zustand sprechen, Straftaten zu begehen“, sagte die Psychiaterin **Konstanze Jankowski** vor dem Aachener Landgericht. Von einer fortbestehenden Gefährlichkeit und von einem hohen Rückfallrisiko müsse ausgegangen werden.

**Jankowski** skizzierte **Michalski** als Mensch mit zwei Gesichtern. Hier der freundliche Mann, kooperativ, konstruktiv, angepasst, der liest, lernt, um Defizite auszugleichen. Auf der anderen Seite der Straftäter, der schon in seiner Jugend aus Heimen floh, stahl, Polizisten verprügelte und einem Heimleiter die Knochen brach. Immer habe er sich bewusst für die eine oder andere Handlungsalternative entschieden, sagte **Jankowski**.

Vor seinem Ausbruch habe sich **Michalski** jahrelang gut geführt. Die JVA Aachen hatte den Häftling noch kurz vor der Flucht als unauffällig, angepasst und zukunftsorientiert beurteilt. Im Oktober 2009 wurde auch der Vermerk „Fluchtgefahr“ aus seiner Akte gelöscht. Die „unangepasste, nicht regelkonforme“ Seite des **Peter Paul Michalski** schlummerte derweil in den versteckten Winkeln seiner Persönlichkeit und wurde erst beim Ausbruch wieder sichtbar. Der Angeklagte sei „pädagogisch kaum beeindruckbar“, stellte die Gutachterin klar. Der Prozess wird fortgeführt.



Negative Schlagzeilen: JV Aachen.

zu dem Ergebnis gelangt, dass **Heckhoff** immer noch über ein hohes Gewaltpotenzial verfügt und hochgradig gefährlich ist. Die Gutachterin zog folglich ein negatives Fazit. Sie hält **Heckhoff** auch gegenwärtig noch für massiv rückfallgefährdet.

### Heckhoff neigt zur Verharmlosung seiner Taten

Mit den erstellten Gutachten soll die Frage geklärt werden, ob **Heckhoff** nach der Strafverbüßung in die Sicherungsverwahrung gehört. Diese Frage beantwortet die 45-jährige Expertin mit einem entschiedenen Ja. **Heckhoff** führt zur Rechtfertigung seines Ausbruches die

### Anti-sozialer Charakter

**Rauch** bezeichnete **Heckhoff** als – im fachlichen Sinne – klassischen Psychopathen. Sie stützte sich dabei auf die Ergebnisse anerkannter Standarduntersuchungsverfahren. Die Tests hätten klar ergeben, dass **Heckhoff** in seiner Persönlichkeitsstruktur unter anderem impulsiv, oberflächlich, egozentrisch, selbstüberschätzend, launisch und manipulativ sei. Auch wenn er versuche, sich im Prozess mit seiner lockeren Art eher ein „Lausbubenimage“ zu geben, so täusche dies nicht darüber hinweg, dass sein Charakter von anti-sozialem Verhalten geprägt sei. Sollte das Gericht solchen Einschätzungen folgen, wird **Heckhoff** wohl noch deutlich länger als die bisherigen 33 Jahre die Welt durch vergitterte Fenster betrachten müssen.

### Gutachterin sieht auch bei Michalski Rückfallgefahr

Für Ausbrecher **Peter Paul Michalski** läuft die Hauptverhandlung nicht gerade vielversprechend. Die bestellte Gutachte-

## Heute schon gelacht?

Wie fängt man Elefanten? *Mathematiker* fangen Elefanten, indem sie nach Afrika gehen, alles hinauswerfen, was keine Elefanten sind, und einsammeln, was übrig bleibt. *Sachkundige Mathematiker* werden versuchen die Existenz wenigstens eines einzigen Elefanten zu beweisen, bevor sie die nächsthöhere Stufe einer solch niederen Aufgabe in Angriff nehmen. *Professoren der Mathematik* werden die Existenz wenigstens eines einzigen Elefanten beweisen und das Aufspüren und Fangen eines tatsächlich vorhandenen Elefanten als Übung ihren Studenten überlassen.



Herr Doktor, immer habe ich diese Kopfschmerzen, und dieses Reißen in den Armen. Dann habe ich diese Bruststiche, wirklich diese unangenehmen Stiche in meiner Brust. Ich habe auch ständig diese Magenschmerzen, und meine Knie und Füße tun mir dauernd weh. Und immer wieder dieses Ohrensausen und Augenflimmern. Herr Doktor, können Sie mir sagen was mir fehlt?

Der Arzt: „Was soll Ihnen denn fehlen? Sie haben ja schon alles.“



Ein Mann sitzt in einer psychologischen Untersuchung. Der Psychologe malt ein Dreieck und fragt: „Woran denken Sie, wenn Sie das sehen?“ „An Sex“, antwortet der Patient. Der Psychologe malt eine Kreis und fragt wieder „Woran denken Sie, wenn Sie das sehen?“- „An Sex“ antwortet der Patient. Der Psychologe malt ein Viereck und fragt wieder: „Und woran denken Sie, wenn Sie das sehen?“ „An Sex“ sagt der Patient. Der Psychologe: „Sie denken immer nur an das eine“ Der Patient: „Wer malt denn hier die ganze Zeit diese Schweine-reien?“



Einmal im Quartal gehe ich zum Arzt - der will schließlich auch leben. Der schreibt mir dann ein Rezept auf. Dann hole ich die Medikamente beim Apotheker - der will schließlich auch leben. Zuhause werfe ich alles in den Müll - ich will schließlich auch leben.

Ruhe und Phase der Konsolidierung ist notwendig

## JVA Aachen kommt nicht aus den Schlagzeilen

Eine gute Presse ist viel wert, weil sie einen oftmals davor bewahrt, mit tendenziösen und manchmal auch nicht ganz seriösen Mitteln öffentlich vorgeführt zu werden. Und wenn sich einmal Negativschlagzeilen häufen, dann wirkt das vielfach wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Strafvollzug ist nun einmal eine gefahren geneigte Veranstaltung. Wo hochgradig kriminelle Straftäter untergebracht sind, werden sich auch Sicherheitsstörungen ereignen. Die Frage ist nur, wie reagieren Vollzugseinrichtung und ministerielle Administration in einem solchen Fall, um Wiederholungsfälle möglichst zu vermeiden. Im günstigsten Fall sollten die Beteiligten abgestimmt agieren und vor allem die Befindlichkeiten und Interessen des Personals nicht aus den Augen verlieren, das für Sicherheitsmängel zuerst den Buckel hinhalten muss.

Diese Erfahrungen sind in Aachen noch „taufisch“. Seit dem Ausbruch der Schwerverbrecher **Heckhoff** und **Michalski** sind Kolleginnen und Kollegen mehrfach verletzt worden, weil sie attackiert wurden oder aber gewalttätige Gefangene trennen wollten und dabei zwischen die Fronten gerieten. Jeder dieser Fälle ist ein Fall zu viel. Was die Anstalt wirklich benötigt, ist eine längere Phase der Ruhe und der Konsolidierung.

Eine solche Phase kann man aber nur erreichen, wenn öffentliche Kritik durch konkrete Maßnahmen überzeugend entkräftet werden kann. In Aachen war dies bislang nicht der Fall. Seit Jahren soll die Anstalt im Rahmen des Stellenverteilungskonzeptes AGIP Personal zur Verstärkung anderer Vollzugseinrichtungen abgeben. Diese Entwicklung ist von vielen als Unwerturteil über die bislang geleistete Arbeit empfunden worden. Die geleistete Arbeit wurde durch die Bekanntgabe der AGIP-Zahlen, die von der JVA Aachen eine drastische Einsparquote verlangten, praktisch als überflüssig angesehen. Im Laufe dieses Prozesses stieg dann verständlicherweise die Kranken-

quote. Diesen einmal in Gang gekommenen Prozess aufzuhalten und umzukehren ist ein sehr schwieriges Unterfangen; das mussten auch die Akteure vor Ort erkennen. Sowohl Anstaltsleitung als auch Personalvertretung sind derzeit emsig bemüht, die Lage in der JVA Aachen zu stabilisieren. Um dieses Ziel erreichen zu können, muss erst einmal Vertrauen entstehen, Vertrauen auf örtlicher Ebene, aber auch Vertrauen zwischen der Anstalt und der Administration des Justizministeriums. Wie schwer das ist, kann einem Artikel entnommen werden, der Anfang Dezember 2010 in der Aachener Zeitung erschienen ist.

Dort wurde unter der Überschrift „JVA Aachen: Unsicherheit beim Personal bleibt“ über ein Kennenlern-Gespräch zwischen NRW-Justizminister **Thomas Kutschaty** (SPD) und zwei Vertretern des Anstaltsbeirates der JVA Aachen, die beide der SPD angehören, berichtet.

Beiratsvorsitzender **Martin Künzer** (SPD) und sein Parteifreund, Landtagsabgeordneter **Karl Schultheis** waren seit dem Gespräch mit dem Minister guter Dinge. Er erklärte der Aachener



Zeitung sichtlich erfreut: „Da sind wir mit einem richtig guten Gefühl herausgegangen.“ Der Minister habe dabei unter anderem eine Stellengarantie für das Aachener Gefängnis in Aussicht gestellt.

**Künzer:** „Er hat uns gesagt, dass er für Aachen keinen Stellenabbau sieht und einen solchen auch nicht befürworten werde.“ Der Minister habe deshalb „die von der Vorgängerregierung veranlassten Personalberechnungen gestoppt“, die laut **Künzer** zu einem Personalabbau von bis zu 20 Stellen in der Aachener JVA geführt hätten. Zudem habe er signalisiert, die psychologische und pädagogische Betreuung personell zu verstärken.

Wie es gute journalistische Recherchearbeit verlangt, hat die Aachener Zeitung beim Justizministerium nachgefragt, um sich die Angaben des Beiratsvorsitzenden **Künzer** bestätigen zu lassen. Die Antwort des Ministeriums hörte sich aber völlig anders an. So habe Minister **Kutschaty** bestätigt, am Rande eines Plenums mit **Schultheis** und **Künzer** besagtes Gespräch geführt zu haben. Dabei habe er erläutert, dass derzeit in seinem Haus an einem Vollzugskonzept gearbeitet werde, dessen Fertigstellung bis Ende des Jahres erwartet würde. Das hatte er auch schon einmal nach Gerüchten um Stellenabbau im „Aachener



**Die JVA Aachen ist ein Sammelbecken für gefährliche Gewalttäter.**

Knast“ gesagt. Zu Beginn 2011 würden „Parameter für eine gerechte landesweite Stellenverteilung im allgemeinen Vollzugsdienst justiert“ werden. Die Kriterien für die Stellenverteilung würden den Justizvollzugsanstalten ausführlich vorgestellt. „Erst danach sollen daraus konkrete Stellenzuweisungen abgeleitet werden“, heißt es aus dem Ministerium. Der Justizminister habe in dem Gespräch zugesichert, die „spezifischen Problemlagen der einzelnen Justizvollzugsanstalten und somit auch die der JVA Aachen dabei immer im Blick zu behalten“.

Diese Unschärfe in den Aussagen ist es, was die Kolleginnen und Kollegen verunsichert und zunehmend nervt. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger als

konkrete, belastbare Aussagen und die sachgerechte Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen. Die JVA Aachen ist ein „vollzuglicher Gemischtwarenladen“, in dem von der Sozialtherapie bis zur Sicherungsverwahrung alles zu finden ist. Diese Rahmenbedingungen müssen auch bei der Personalausstattung angemessen berücksichtigt werden. Divergierende Signale der Führung verstärken das Gefühl der Verunsicherung und des Allein-gelassen-Werdens mit den Problemen vor Ort. So spitzt sich die Situation weiter zu. In letzter Konsequenz werden die Betroffenen Worten überhaupt nicht mehr trauen, sondern nur noch auf die Fakten und Taten schauen.

Man kann die Anstaltsleitung mit den über Jahre bekannten Problemen in der Aachener Vollzugeinrichtung nicht alleine lassen. Bei einem regelmäßigen Krankenstand allein unter den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes von über 10 Prozent sind mittlerweile bereits 26.000 Überstunden aufgelaufen. Die Kolleginnen und Kollegen in Aachen erwarten, dass ihre **Sorgen und Nöte ernst genommen und sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Sachgerechte Hilfen zur Entspannung der personellen Engpässe sind in Aachen dringend und zeitnah geboten!**

## Glosse

### Tach auch

Justus V. Anonymus



#### Tach auch, Kallejen.

Na, schon mal im Nachtdienst bei Wickie Lieks reinjekuckt? Bis ich dat mal jefunden hatte. Dat steht nämlich unter <http://wikileaks.org>. Aber allet in Englisch.

Ich hab kein Wort verstanden. Jot-seidank krisse dat im „Spiegel“ alles erklärt. Die Amis haben sich den neusten Klatsch vertellt: Angela Merkel meidet dat Risiko und is selten kreativ. Unser Jiedo is inkompetent (nich impotent!), eitel und amerikakritisch. Niebel is ne schräge Wahl, weil er früher das Entwicklungsministerium abgelehnt hat, und jetzt isser selbst Entwicklungsminister. Un Seehofer is unberechenbar. Da könnte dat eine oder andere dran sein.

Jetzt hamma ja im Justizmysterium auch sonne Art kleines Wickie Lieks, weil wir neulich erfahren konnten, wie die da über den Vollzuch denken.

Da jibbet nämlich ein Protokoll von der Arbeitsgruppe Jesundheit, in dem laut darüber nachgedacht wird, einen de Überstunden zu kappen, weil Überstunden ja krank machen. Die Logik muss man sich erst mal auf der Zunge zerjehen lassen: Du hast zu viel Überstunden. Davon wirste krank. Also streichen wir ein Teil der Überstunden. Davon wirste wieder jesund. Dann hamse sich überleeht, dat manche Bedienstete zu viel nörljeln. Also liebe Kinderlein, bejrenzen wir unser Nörljeln auf 5 Minuten tächlich. Unsere Psycholojin hat jesacht, dat macht

## Wickie Lieks

man so in der Therapie bei Depressiven. Also, meine lieben Depris, seid schön brav und nörljelt nur noch 5 Minuten am Tach. Wer länger nörljelt, kricht Überstunden abgezogen, damitte wieder jesund wird und nicht mehr so depressiv durch die Jejend läuft.

Natürlich ist dat alles nicht die offizielle Meinung vom Minister Tommy, aber dat, wat Wickie Lieks da schreibt, is ja auch nich die Meinung vom Obama und von dat Hillerie.

Un trotzdem hängt der Haussejen janz schön schief zwischen unser Äindschie und dem Barack. Un jenauso ist dat jetzt mit dem Haussejen zwischen dem Tommy und den Jrünen, ich meine jetzt nicht die Jrünen-Partei, sondern die Jrünen vom AaVauDe, die ja bald Blaue sin, aber dat is jetzt noch ne andere unendliche Jeschichte.

So, jetzt hab ich jenuch jenörljelt. War dat jetzt länger als 5 Minuten? Ich wünsch Euch trotzdem frohe Weihnachten und ne joote Rutsch. Bis im neuen Jahr

Euer  
Justus V. Anonymus



Tarifrunde 2011:

## Das Ende der Bescheidenheit ist gekommen

Im nächsten Jahr stehen wieder Tarifverhandlungen an. Die Gewerkschaften haben sich abermals mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auseinander zu setzen. Bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt oder auch nur eine Forderung erhebt, analysieren die Verhandlungspartner die Rahmenbedingungen, die diese Verhandlungen maßgeblich bestimmen werden. In der letzten Ausgabe (4-5/2010) haben wir dargestellt, dass sich die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit in Deutschland von der Entwicklung in Europa faktisch abgekoppelt haben. Deutschland hat sich durch ein Jahrzehnt der Lohnzurückhaltung in Teilbereichen schon fast zu einem Billig-Lohn-Land gemacht. Es ist selbstverständlich klar, dass unter einer solchen Entwicklung die kleinen Einkommen am meisten zu leiden haben. Aber das ist auch nur die halbe Wahrheit. Gesehen werden müssen auch die enormen finanziellen Risiken, die die Europäische Union für Deutschland bereit halten könnte.

### Wird die Europäische Union ein Wirtschaftsraum der Transferzahlungen?

Was passiert, wenn der Rettungsfonds für die Mitgliedsstaaten zur Dauer-subsidierung wird? In diesem Fall hätte Deutschland eine weitere Belastung von jährlich mindestens 20 Milliarden Euro zu tragen. Es verwundert schon etwas, mit welcher Nonchalance Notenbanker und Politiker mit Milliardensummen umgehen. Die irischen Banken brauchen mehr Geld? Dann muss Europa Irland eben Finanzhilfen überweisen. Die Euro-Krise droht weitere Länder zu erfassen? Dann muss z.B. Portugal präventiv mit Geld versorgt werden. Der europäische Rettungsschirm reicht angesichts der vielen Problemfälle womöglich irgendwann nicht mehr aus? Dann wird er eben verdoppelt, wie in dieser Tage aus EU-Kommissionskreisen zu vernehmen war.

### Die Armut ist in Irland zurück

Noch sind es nur Kredite, die Europa seinen angeschlagenen Mitgliedern gewährt. Doch der Versuch, Schulden mit immer neuen Schulden zu bekämpfen, wird auf Dauer zum Scheitern verurteilt sein. Der nächste logische Schritt liegt daher auf der Hand: eine Dauereinrichtung, bei der aus Krediten permanente Subventionen werden.

„So wie Bayern derzeit Brandenburg im Rahmen des Länderfinanzausgleichs durchfüttert“, würde Deutschland dann Griechenland, Portugal und Irland alimentieren.

### Die Transfermodelle

Und anders als bei der innerdeutschen Umverteilungsmaschinerie müssten sich die Bundesbürger im Falle einer solchen europäischen „Transferunion“ auf richtig große Zahlen einstellen. Bis zu 800 Milliarden Euro würden die finanzschwachen



Schon bald könnte Deutschland gezwungen sein, gigantische Milliardensummen nach Brüssel zu überweisen.

und unsolide wirtschaftenden EU-Mitglieder von den Leistungsträgern der Währungsunion bekommen. Das hat der renommierte Wirtschaftswissenschaftler **Kai Konrad** vom Max-Planck-Institut für die „Welt am Sonntag“ errechnet. **Im Extremfall könnten auf Deutschland, bisher ohnehin größter EU-Nettozahler, 260 der gut 800 Milliarden Euro Umverteilungssumme zukommen.** Zumindest dann, wenn die Kosten in einer europäischen Transferunion ähnlich umgelegt würden, wie das beim heutigen EU-Haushalt der Fall ist.

### Banken brauchen größere Eigenkapitalpuffer

Ökonom **Konrad** hat deshalb noch weitere Varianten einer europäischen Transferunion errechnet. So würde bei einer Angleichung der Staatseinnahmen auf einem „Nivellierungsniveau“ von 60 Prozent 340 Milliarden betragen. Diese Summe ließe sich noch weiter senken, wenn die größten EU-Nettoempfänger aus Osteuropa unberücksichtigt blieben. In einem solchen Szenario müssten nur

noch wenige Länder alimentiert werden, darunter Portugal und die Slowakei. Auf Deutschland würden aber selbst bei dieser abgespeckten Umverteilungsvariante Zahlungen von rund 20 Milliarden Euro jährlich zukommen. „Eine Transferunion wäre für Deutschland in jedem Fall teuer und nur unter erheblichen Schwierigkeiten zu stemmen“, stellt Professor **Konrad** klar.

Soll der Euro gerettet werden, was für die meisten Politiker außer Frage steht, ist nach Einschätzung der Politik eine Transferunion alternativlos. Ökonom **Konrad** sieht allerdings Alternativen. Statt immer neu umzuverteilen, könnte Europa seine Regeln glaubwürdiger gestalten und Länder, die leichtfertig mit ihren Staatsfinanzen umgehen, zur Verantwortung ziehen. „Man muss die Finanzmärkte künftig so robust gestalten, dass einzelne Länder pleitegehen können, ohne dass gleich eine Massenpanik ausbricht“, sagt der Experte.

Um das zu erreichen, sollten vor allem die Banken in Europa gestärkt werden, in dem ihnen größere Eigenkapitalpuffer vorgeschrieben werden. Denn Banken, die über genug eigene Mittel verfügen,



Europäisches Parlament in Straßburg. Entwickelt sich Europa zu einer Transferunion, hat Deutschland die finanzielle Hauptlast zu tragen.

müssten nicht gerettet werden. Und würden nicht mehr ganze Staaten an den Rand des Untergangs bringen. In jedem Fall würde eine Transferunion Deutschland zusätzliche finanzielle Lasten und Risiken bescheren. Da man den Euro immer nur einmal ausgeben kann, werden die öffentlichen Arbeitgeber bei den anstehenden Tarifverhandlungen unter Umständen versucht sein, die dargelegten Aspekte gegen die Gewerkschaften in Stellung zu bringen.

### Wachstum sichern – Einkommen erhöhen!

Die Einkommen der Menschen sind entscheidend für das Wachstum. Dessen Entwicklung bestimmt hauptsächlich das Wachsen oder Schrumpfen des privaten Konsums, der wiederum knapp 60 Prozent der Nachfrage in Deutschland ausmacht. Gerade in der Krise 2008/2009 hat der private Konsum die Wirtschaft

stabilisiert. Tarifliche Einkommenserhöhungen von im Schnitt drei Prozent aus der Spätphase des letzten Aufschwungs haben sich überaus positiv ausgewirkt.

Die Exporte und Investitionen sanken in der Krise um etwa 20 Prozent und führten zum tiefsten Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren.

Im Jahre 2010 sind Exporte und Investitionen wieder angestiegen, das Wirtschaftswachstum wurde nachhaltig angeschoben.

Für eine dauerhafte Erholung ist es aber unbedingt erforderlich, dass auch der Konsum dauerhaft wächst. Nur durch eine nachhaltige Stärkung der Nachfrage kann ein stabiles Wachstum erreicht und der Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Als Gefahr schwebt über der kommenden Tarifrunde, dass Arbeitslosigkeit, eine zu schwache Lohnentwicklung sowie Sozialkürzungen die Massenkaukraft und damit die Binnennachfrage abwürgen. Der Teufelskreis aus sinkenden

Einkommen, schrumpfender Nachfrage, wirtschaftlicher Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit muss unbedingt verhindert werden.

Die Lohnzuwächse in Deutschland sind schon seit über zehn Jahren eher zu gering ausgefallen. Von 2000 bis 2008 sanken die Bruttolöhne preisbereinigt um zwei Prozent, während die Gewinne und Vermögenseinkommen um ein Drittel anstiegen. Daraus ergibt sich ein erheblicher Nachholbedarf für abhängig Beschäftigte.

Unter einer sinkenden Kaufkraft leiden Handwerk, Dienstleister und andere Betriebe, zugleich macht sie unsere Wirtschaft in extremer Weise exportabhängig. Als größte Volkswirtschaft gilt es hier, das Steuer herum zu reißen, um die Binnennachfrage durch hohe Einkommenszuwächse deutlich zu steigern. So ließe sich der derzeitige Aufschwung durch Stärkung der Kaufkraft absichern. Eine weitere Lohnzurückhaltung wäre deshalb kontraproduktiv.



Die Tarifrunde 2011 wird das Zusammenstehen der Kolleginnen und Kollegen erforderlich machen, um einen akzeptablen Abschluss zu erreichen.

Besuchen Sie uns im Internet

# www.bsbd-nrw.de

Sie feiern...



  
ALZHEIMER  
FORSCHUNG  
INITIATIVE e.V.  
Kreuzstr. 34 · 40210 Düsseldorf  
www.alzheimer-forschung.de

Nutzen Sie diesen schönen Anlass für ein besonderes Geschenk – spenden Sie ein Stück Ihrer „Torte“ für die Förderung der Alzheimer-Forschung und -Aufklärung.

Bundesverfassungsgericht:

## Rassistische Schmierereien in einem Haftraum verstoßen gegen die Menschenwürde

**D**as Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 15. Juli 2010 (2 BvR 1023/08) entschieden, dass Strafgefangene physischen oder verbalen Kot an Haftraumwänden nicht hinnehmen müssen. Der strafgefangene Beschwerdeführer war im Zuge von Transporten zweimal jeweils kurzzeitig im Transporthaus einer niedersächsischen Strafvollzugsanstalt untergebracht. Nach der zweiten dortigen Unterbringung beantragte er beim Landgericht u. a. die gerichtliche Feststellung, dass die zuständige Justizvollzugsanstalt durch die Anordnung seiner Unterbringung in dem Transporthaus seine Menschenwürde (Art. 1 GG) verletzt habe. Die Haftraumwände waren mit Hakenkreuzen, rassistischen, Gewalt androhenden Texten versehen gewesen, und es habe sich Kot an den Wänden befunden.

Schon bei der früheren Unterbringung seien die Wände im Transporthaus in ähnlicher Weise – insbesondere mit antisemitischen Äußerungen rohester Art – beschmiert gewesen. Das Landgericht wies seinen Antrag mit der Begründung zurück, dass angesichts der Beendigung der Unterbringung der Beschwerdeführer kein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit mehr bestehe. Das Oberlandesgericht verwarf die hiergegen erhobene Rechtsbeschwerde als unzulässig.

### Beschlüsse der Fachgerichte aufgehoben

Die 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat die mit der Verfassungsbeschwerde angegriffenen Beschlüsse der Fachgerichte aufgehoben, soweit sie den Feststellungsantrag des Be-

schwerdeführers betreffen, und die Sache zur erneuten Entscheidung an das Landgericht zurückverwies.

Die Beschlüsse des Landgerichts und des Oberlandesgerichts verletzen den Beschwerdeführer in seinem Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz aus Art. 19 Abs. 4 GG.

### Verfassungsgerichtliche Maßstäbe verkannt

Seine Entscheidung stützt das Bundesverfassungsgericht auf die Tatsache, dass das Landgericht die verfassungsgerichtlichen Maßstäbe verkannt habe, die sich aus Art. 19 Abs. 4 GG für das Fortbestehen eines Rechtsschutzinteresses ergeben.

Ein Rechtsschutzinteresse für die Feststellung der Rechtswidrigkeit einer erledigten Maßnahme bestehe unter anderem dann, wenn die Feststellung eines ge-

wichtigen Grundrechtseingriffs begehrt werde, gegen den nach dem typischen Ablauf wirksamer Rechtsschutz nicht vor Erledigung erlangt werden könne.

Ein Rechtsschutzinteresse ist nach Auffassung des Gerichts zudem zu bejahen, wenn eine gegen die Menschenwürde verstoßende Haftraumunterbringung beanstandet werde.

### Unerträglichkeit der Verhältnisse im Haftraum durch Verhaltensweisen anderer Gefangener

Die von Art. 1 Abs. 1 GG geforderte Achtung der Würde, die jedem Menschen unabhängig von seiner gesellschaftlichen Stellung, seinen Verdiensten oder seiner Schuld, die er auf sich geladen hat, allein aufgrund seines Personseins zukommt, verbietet es grundsätzlich, Gefangene grob unhygienischen und widerlichen Haftraumbedingungen auszusetzen. Dies gilt auch insoweit, als die Unerträglichkeit der Verhältnisse im Haftraum durch Verhaltensweisen anderer Gefangener bedingt ist, und betrifft auch mit physischem oder verbalem Kot beschmierte Haftraumwände.

Schutz vor solchen Widerwärtigkeiten, selbst strafbarer Art, mag, wie das Niedersächsische Justizministerium geltend macht, im Haftvollzug nicht ausnahmslos und unter allen Umständen erreichbar sein.

Die Strafvollstreckungskammer hatte jedoch im vorliegenden Fall nicht den geringsten Anlass zu der Annahme, dass staatlicherseits alle möglichen und zumutbaren Maßnahmen ergriffen worden waren, um den vom Beschwerdeführer dargestellten Verhältnissen entgegenzuwirken oder zu vermeiden, dass er ihnen ausgesetzt wurde. Die vom Beschwerdeführer geschilderten Zustände deuteten vielmehr auf das Gegenteil hin.

Die Entscheidung des Oberlandesgerichts verstößt ebenfalls gegen Art. 19 Abs. 4 GG. Die nicht weiter begründete Annahme, die Überprüfung des landgerichtlichen Beschlusses sei weder zur Fortbildung des Rechts noch zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung geboten, ist nicht nachvollziehbar. Es lagen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das Landgericht seine mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unvereinbare Rechtsauffassung nicht auch künftigen Entscheidungen zugrunde legen werde.



Das Bundesverfassungsgericht erklärt rassistische Schmierereien an Haftraumwänden für menschenunwürdig.

OV Bielefeld-Oberems

## Vorweihnachtliches Treffen der Pensionäre stieß auf große Resonanz

**S**ie bilden schon eine verschworene Gemeinschaft, die Pensionäre des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems. Überdeutlich wurde dies anlässlich ihres schon traditionellen Treffens in der Vorweihnachtszeit. Selten zuvor waren so viele ehemalige Strafvollzugsbedienstete der Einladung des Ortsverbandes gefolgt. Bis auf den letzten Platz besetzt war der große Saal besetzt, als OV-Vorsitzender Ulrich Biermann die Veranstaltung am 3. Dezember 2010 mit einem Statement zur aktuellen Lage des Strafvollzuges eröffnete. Mit besonderer Freude konnte er den BSBD-Ehrenvorsitzenden Wilhelm Bokermann und Anstaltsleiter Uwe Nelle-Cornelsen begrüßen.

„Die Sicherheitslage in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen,“ meinte **Biermann**, „hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten dramatisch verschärft. Sie gibt den Blick frei auf die Schwierigkeiten, denen der Vollzug aktuell ausgesetzt ist und die die Strafvollzugsbediensteten sorgenvoll in die Zukunft blicken lassen.“ Nachdem die Vollzugseinrichtungen sicherheitstechnisch weitgehend auf einen aktuellen Stand gebracht worden seien, mache sich nach **BSBD**-Berechnungen das landesweite Fehlen von rund 750 Bediensteten allein in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes überaus negativ bemerkbar. Die Sicherung der Einrichtungen nach außen verlagere die verbleibenden Sicherheitsrisiken zunehmend auf die Kolleginnen und Kollegen. Deshalb müsse das Land sicherstellen, dass die Einrichtungen in personeller Hinsicht aufgabengerecht ausgestattet seien. So sei zwischenzeitlich wieder ein Berg von 400.000 Überstunden aufgelaufen, wovon rd. 28.000 Stunden auf die JVA Bielefeld-Senne entfielen.

Bemerkenswert, so **Biermann**, sei in diesem Zusammenhang die jüngste Ankündigung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums, das sich künftig strikt daran halten wolle, Überstunden nur noch dann zahlbar zu machen, wenn die Voraussetzungen hierfür tatsächlich erfüllt seien. **Biermann**: „Wenn man weiß,



Bei bester Laune und dem Austausch schöner Erinnerungen verlebten die Teilnehmer noch einige harmonische Stunden bis in den Abend hinein. Die Pensionäre waren sich einig: Im nächsten Jahr kommen wir wieder!

dass man die bisherige Praxis der Vorgängerregierung nicht beibehalten will, dann muss man nicht drei Mal in den Vollzugseinrichtungen nachfragen, wer denn nun bereit sei, sich Stunden auszahlen zu lassen. Melden sich dann Kolleginnen und Kollegen, stehen plötzlich die benötigten finanziellen Mittel **nicht** zur Verfügung. Die beschäftigungspolitische Botschaft aus dieser Entwicklung sollte sein, dass das Ministerium die Mehrarbeit bis auf einen Grundsockel zurückfährt und für den Rest die sich rechnerisch ergebenden Stellen zur Verfügung stellt.“

Anstaltsleiter **Uwe Nelle-Cornelsen** berichtete anschließend von der Fusion

der ehemals selbständigen Vollzugseinrichtungen Bielefeld-Senne und Bielefeld-Brackwede II. Nach anfänglichen Problemen gestalte sich der Prozess des Zusammenwachsens nun recht harmonisch. Die Einrichtung einer Fusionskonferenz habe wesentlich dazu beigetragen, notwendigen Anpassungsbedarf zu diskutieren, Lösungen zu entwickeln und anschließend auch gemeinsam zu vertreten. Im kommenden Jahr stehe die Verlagerung des Zugangs in das Hafthaus Ummeln auf der Agenda. Der Umbauebedarf sei genehmigt, die benötigten Mittel seien verfügbar. Dies stelle noch einmal einen großen Kraftakt dar, auf den sich die Anstalt in den nächsten Monaten vorbereiten werde. Er sei zuversichtlich, dass sich der offene Vollzug in Ostwestfalen weiterhin sehr positiv entwickeln werde. In der Region stünden so viele Ausbildungs-, Förder- und Arbeitskapazitäten zur Verfügung, dass der Vollzug einen Fehler begehen würde, wenn er diese Möglichkeiten ungenutzt ließe, um Strafgefangene für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen.

**Hans Ebel**, der die Veranstaltung gekonnt moderierte, stellte anschließend eine Power-Point-Präsentation mit zahlreichen Fotos von der herbstlichen Exkursion der Pensionäre ins Salzkammergut vor. Viele Reiseerinnerungen wurden ausgetauscht, bevor man sich dem gemütlichen Teil der Veranstaltung zuwandte.



Stv. BSBD-Bundesvorsitzender Friedhelm Sanker (2. von li.), Anstaltsleiter Uwe Nelle-Cornelsen (4. von li.) und BSBD-Ortsverbandsvorsitzender Ulrich Biermann (6. von li.) zeichneten die Jubilare für langjährige Mitgliedschaft im BSBD aus. Von links: Etlef Hansen (50 Jahre Mitglied), Richard Schwietert (25 Jahre), Kurt Bartsch und Karl-Wilhelm Poley (beide 40 Jahre), Heinrich Lüttke-Wissing (50 Jahre), Helmut Langkamp (25 Jahre) sowie Wilfried Spilker und Paul Rusch (beide 50 Jahre).

## Ist die Ausweitung des offenen Strafvollzuges in Nordrhein-Westfalen unter Sicherheitsaspekten vertretbar?

**D**ie Koalitionsvereinbarung weist es aus: Die rot-grüne Landesregierung will deutlich mehr Straftäter in den offenen Strafvollzug verlegen, als dies bislang der Fall war. Dies würde einen weitgehenden Verzicht auf unmittelbare und ständige Beaufsichtigung bedeuten. Tagsüber könnten die meisten Gefangenen unbewacht in Freiheit leben und einer Arbeit außerhalb der Anstalt nachgehen. Die Opposition befürchtet, Opfer dieses bundesweit einmaligen Versuchs werde die ahnungslose Bevölkerung sein.

Es gab eine Zeit, da träumten selbst Politiker davon, Gefängnisse könnten in Resozialisierungszentren verwandelt werden. Diese Vollzugseuphorie der 1970er Jahre schürte die Vorstellung, dass jeder Straftäter wiedereingegliedert werden könne, würde man nur genug Geld, Pädagogen und Sozialarbeiter einsetzen. Die Gefängnisse – so die vielfache Ansicht auch von Experten – könnten sich zu Schulen der Nation verändern, in denen die Basis für ein regelkonformes, sozial unauffälliges Leben gelegt werden könne. Diese Utopie ist vielfach verfliegen, zu hoch sind die Rückfallquoten der Ex-Häftlinge. Kriminelle Infektion, Gewalt, Drogen und eine weit verbreitete Subkultur machen es Straftätern in vielen Einrichtungen schwer, sich aus dem kriminellen Milieu zu lösen.

### Landesregierung will den offenen Vollzug ausweiten

SPD und Grüne in Bund und Land haben sich auf die Fahne geschrieben, die Gefangenenzahlen möglichst signifikant zu senken und den offenen Vollzug, der weitreichende Übungsfelder zur Wiedereingliederung eröffnet, deutlich auszubauen. Justizminister **Thomas Kutschaty** (SPD) hat dieses ambitionierte Projekt jetzt vorgestellt. Nach dem Willen der Landesregierung sollen mehr Straftäter als in jedem anderen Bundesland tagsüber die Anstalten verlassen, um in Freiheit zu arbeiten, Behörden- und Arztgänge zu erledigen oder soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Vor allem im Rheinland will der Minister die Zahl der Plätze erhöhen. Als mögliche Standorte gelten Euskirchen, Moers und Remscheid. Hier müssten lediglich vorhandene Einrichtungen erweitert werden, so dass die politische Absicht kostengünstig realisiert werden könnte.



**Nordrhein-Westfalens neuer Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) prüft die Ausweitung des offenen Vollzuges.**

Bundesweit sind derzeit rund 12.000 Haftplätze im offenen Strafvollzug verfügbar. Auf Nordrhein-Westfalen, das über rd. 3750 Plätze verfügen kann, entfällt damit ein Drittel aller offenen Haftplätze. Diese sind allerdings nicht gleichmäßig über das Land verteilt. Westfalen



**Der stv. CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Biesenbach kritisiert die Absicht der Landesregierung, den offenen Vollzug auf weitere Personengruppen auszudehnen, vehement. Die CDU befürchtet, dass unakzeptable Risiken zu Lasten der Bevölkerung eingegangen würden.**

verfügt über ungleich mehr Plätze als das Rheinland, was sich für eine heimatnahe Unterbringung der Gefangenen nicht gerade als förderlich erweist.

### BSBD plädiert für moderate Ausweitung auf der Basis einer Bedarfsanalyse

Der **BSBD** vertritt in dieser Hinsicht die Auffassung, dass vor jeder Ausweitung der Haftplatzkapazitäten im offenen Strafvollzug eine detaillierte Bedarfsanalyse zu stehen hat. Der **BSBD** hält es durchaus für vertretbar, die Originärzuständigkeit des offenen Vollzuges moderat auf den Stand zu bringen, der vor einem Jahrzehnt bereits erreicht war, ohne dass dies zu einer Belastung der Sicherheitslage geführt hätte.

Restriktive politische Entscheidungen, die in der Vergangenheit zur Zurückdrängung des Instituts des offenen Vollzuges führten, gingen meist auf spekulative Einzelfälle zurück. Hier sah sich die Politik oft gezwungen, durch Aktionismus Handlungsfähigkeit zu beweisen. Solch kurzatmige Einflussnahmen auf den Strafvollzug erweisen sich oft als kontraproduktiv. Strafvollzug benötigt Rahmenbedingungen, die verlässlich und kalkulierbar sind. Schließlich ist die Behandlung von Straftätern ein auf Kontinuität angelegter Prozess, der dem Zugriff durch das politische Tagesgeschäft möglichst entzogen sein sollte.

### Eignungsprüfung kann Sicherheitsrisiken reduzieren

Zu vermuten ist, dass sich in den ausgelasteten geschlossenen Einrichtungen noch ein ausreichendes Potential finden lässt, um die vorhandenen Kapazitäten nicht nur auszulasten, sondern auch auszuweiten.

Wenn sich diese Potentiale tatsächlich finden lassen, dann spricht nach Ansicht des **BSBD** gar nichts gegen die Ausweitung des offenen Vollzuges, weil vor der Verlegung eines Gefangenen zunächst eine intensive Eignungsprüfung steht. Bei problematischen Straftaten werden von internen und auch externen Experten Gutachten angefertigt, um die Eignung der betreffenden Gefangenen festzustellen und zu belegen. Mit dieser überaus intensiven und auch kostenintensiven Form der Eignungsfeststellung sollen Risiken zu Lasten der Allgemeinheit minimiert, möglichst jedoch ausgeschlossen werden.

Durch diese Form des offenen Strafvollzuges können Gefangene vielfach Arbeitsplatz und soziale Bindungen erhalten, was für die in jedem Fall angestrebte Wiedereingliederung von Straftätern in das gesellschaftliche Leben ein stützendes Element darstellt. Und wenn in den nordrhein-westfälischen Vollzugeinrichtungen noch geeignete Personengruppen identifiziert werden können, dann sollte man zumindest den Versuch wagen, diesen Personenkreis im offenen Strafvollzug zu erproben.

### Arbeit ist auch im offenen Vollzug ein wichtiger Integrationsfaktor

Der **BSBD** hält es allerdings für unverzichtbar, vor einer Ausweitung der Kapazitäten die Frage zu klären, ob für die neu aufzunehmenden Gefangenen in einem ausreichenden Umfang innerhalb und

### Opposition kritisiert Ministerpläne

Die ministerielle Absicht, den offenen Vollzug stärker auszulasten und dessen Kapazitäten unter Umständen zu erweitern, ist durch parlamentarische Opposition heftig kritisiert worden. So war in der Welt am Sonntag vom 05. Dezember 2010 zu lesen, dass offener Vollzug eine nützliche Vollzugsform sei, um das Bemühen eines Straftäters nach gesellschaftlicher Integration zu fördern. In der Welt am Sonntag heißt es dazu: „Auch CDU und FDP plädieren dafür, Häftlinge in kleinen Schritten an die Freiheit heranzuführen. Der Inhaftierte soll lernen, in Freiheit ein geregeltes Leben zu führen, zu arbeiten, sein soziales Netz, sofern vorhanden, zu beanspruchen und mit Versuchungen umzugehen. Zu diesem Zweck dürfen die Häftlinge morgens die JVA verlassen. Den Tag verbringen sie meist unbewacht, zum

so dass es bei einer Ausweitung der Kapazitäten des offenen Vollzuges zwangsläufig zu einer Risikoverlagerung auf die Allgemeinheit kommen wird. Und eine solche Verlagerung halten wir nicht für verantwortlich. Wir befürchten, dass bei einer Ausweitung des offenen Vollzuges auch Ungeeignete in diese Einrichtungen ‚gespült‘ würden.“

Die Opposition kritisiert zudem eine große Anzahl von Fehlprognosen im offenen Vollzug. Anders sei nicht zu erklären, dass nach dem Kriminologen **Heribert Ostendorf** alle „Absolventen“ des offenen Vollzuges eine positive Sozialprognose erhielten, 39 Prozent von ihnen würden aber rückfällig. Damit sei nachgewiesen, dass der Vollzug kurzfristige Risiken für die Sicherheit der Allgemeinheit zwar gut einschätzen könne, weil sich die Versagensfälle bei Lockerungsmaßnahmen im Promille-Bereich bewegten, die langfristigen Prognosen seien hingegen bezüglich ihrer Ergebnisse nicht sehr belastbar.

### Kostengesichtspunkte sollten nicht ausschlaggebend sein

Wenn selbst die Opposition einräumt, dass es dem Vollzug gut gelinge, kurzfristige Risiken angemessen zu bewerten und einzuschätzen, dann spricht das nach Auffassung des **BSBD** eher für die ministeriellen Pläne, weil von diesen kurzfristigen Risikoeinschätzungen auch die Eignungsprüfungen umfasst werden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass nicht jedem Rückfälligen, der aus dem offenen Strafvollzug entlassen worden ist, eine positive Sozialprognose gestellt wird. Gefangene, die zum Endstraftermin entlassen werden, benötigen eine solche Einschätzung gar nicht. Die Rückfallquote kann somit auch nicht gegen die im Strafvollzug vorzunehmenden Risikoabschätzungen in Stellung gebracht werden.

Ein wichtiges Argument zugunsten der Ausweitung des offenen Vollzuges kann aber auch die Opposition nicht bestreiten: Offener Vollzug spart Steuermittel. Ein Gefangener verursacht in einer geschlossenen Einrichtung jährliche Kosten von rund 36.000 Euro, während sich die Kosten im offenen Vollzug nur auf 18.000 Euro belaufen würden.

Der **BSBD** hält dieses Argument in der Tat für bedeutsam, aber nicht für so ausschlaggebend, um den offenen Vollzug auszuweiten. Vor allem anderen hat nach Einschätzung die Überlegung zu stehen: Ist ein Gefangener für diese Vollzugsform geeignet und kann er hier optimal gefördert und auf die Entlassung vorbereitet werden.



**Außenstelle Verl der JVA Bielefeld-Senne. Hier werden im Rahmen des Jungtätervollzuges Angebote für Verhaltensauffälligkeiten ebenso realisiert wie die schulische und berufliche Förderung von jungen Strafgefangenen.**

außerhalb dieser Einrichtungen Arbeits-, Ausbildungs- und Umschulungsplätze in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Zu recht wird der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess – möglichst in den ersten Arbeitsmarkt – eine rückfallmindernde Wirkung zugeschrieben, die in jedem Fall für die Behandlungsbemühungen des Vollzuges genutzt werden muss.

Gefangene in den offenen Vollzug zu verlegen, ohne sie angemessen beschäftigen zu können, hält der **BSBD** indes für überaus problematisch, weil dann eine Art „Urlaubsvollzug“ organisiert würde, der zwar kostengünstig, aber als wenig effektiv eingeschätzt werden müsste.

*Schlafen kehren sie wieder zurück - in offene Anstalten, die ohne Fenstergitter, Gefängnisblechgeschirr oder den Begriff „Zelle“ auskommen.“*

Doch damit hören die Gemeinsamkeiten aber auch schon auf. Der **CDU**-Rechtsexperte **Peter Biesenbach** wirft der Regierung vor, sie gehe ein extremes Sicherheitsrisiko ein. Die Pläne des Ministers zeugten von „leichtsinniger Experimentierlust“. Der **CDU**-Politiker sieht es nicht als zielführend an, im geschlossenen Vollzug noch Kandidaten im nennenswerten Umfang zu suchen, bei denen keine Flucht- und Missbrauchsgefahr vorliege. **Biesenbach**: „Die Potentiale sind nach unserer Einschätzung ausgeschöpft,

Personalrätekonferenz in Wuppertal

## Personalvertretungen fordern fairen Umgang

**L**andesvorsitzender Klaus Jäkel eröffnete die diesjährige Personalrätekonferenz am 26. November 2010 mit einem Zitat von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). „Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Personalräten und Dienststellen muss zukünftig wieder auf ‚Augenhöhe‘ stattfinden“, hatte sie formuliert und damit vielen Personalvertretern aus der Seele gesprochen. Aus ganz Nordrhein-Westfalen waren die Personalräte des Vollzuges nach Wuppertal gereist, um speziell den Umgang von Behördenleitungen und den der Ministerialbürokratie mit den Personalvertretungen zu diskutieren.

Die Teilnehmer der Veranstaltung ließen keinen Zweifel daran, dass nach ihrer Einschätzung die neue Leitlinie von Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** im NRW-Strafvollzug noch nicht gelebt werde. Vor allem bei der Administration des Justizministeriums meinte man Defizite erkennen zu können. LMR **Rainer Mues**, extra aus Düsseldorf angereister Vertreter des Ministeriums, hatte alle Hände voll zu tun, um die in letzter Zeit aufgetretenen Irritationen und Missverständnisse bei den Personalratsmitgliedern zu zerstreuen.

Dies war beileibe keine einfache Aufgabe, wenn man bedenkt, welch schlechte Stimmung einige „unglückliche“ Erlasse und Entscheidungen der Ministerialbürokratie bei den Strafvollzugsbediensteten des Landes ausgelöst haben. Im Mittelpunkt der Kritik und des Meinungsaustausches standen der Ausgleich von **fast 500.000 Mehrarbeitsstunden** und die angedachten Maßnahmen zur Reduzierung des hohen Krankenstandes unter den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes. Täglich

fallen rund 600 Bedienstete krankheitsbedingt aus. Die zwangsläufige Folge dieser Entwicklung ist eine nachhaltige und dauerhafte Mehrbelastung der übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, einhergehend mit einer nicht zu verantwortenden Arbeitsverdichtung für die übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Laufbahn.

Gleichermaßen problematisch stelle sich die Lage im **mittleren Verwaltungsdienst** dar.

Nachdem zunächst eine Zusammenlegung mit dem allgemeinen Vollzugsdienst favorisiert worden war, soll

es dem Vernehmen nach nun bei einer gesonderten Verwaltungslaufbahn verbleiben. Die durch die Planungen verursachten Engpässe in der Laufbahn bedürfen dringend der Behebung, soll die Funktionsfähigkeit der Verwaltungen der nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen dauerhaft gesichert werden. Die Personalnöte werden durch die kürzlich erfolgte EPOS-Einführung noch verschärft, weil durch die zunehmende Spe-

**Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion:**

**„Wir machen aus den Betroffenen Beteiligte!“**



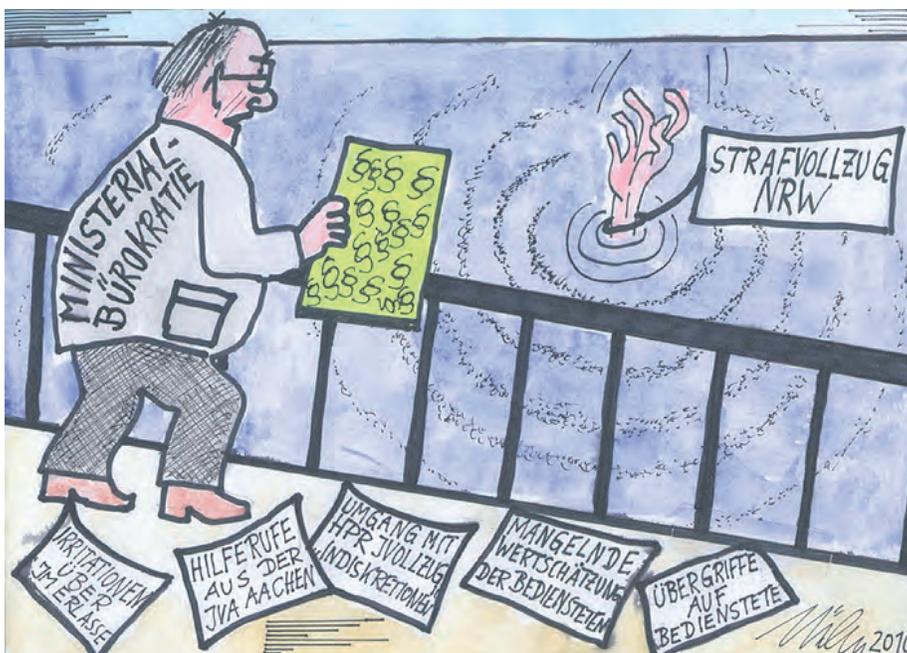
**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel forderte die Ministerialbürokratie zu einem fairen Umgang mit den Personalvertretungen des Vollzuges auf.**

zialisierung der Verwaltungskräfte deren Rotation auf andere Dienstposten, aber auch deren Ersetzung bei urlaubs- oder krankheitsbedingtem Ausfall, erschwert wird.

### Welchen Vollzug will die NRW-Landesregierung überhaupt noch?

Diese zentrale Frage brannte den Personalräten auf den Nägeln, beschäftigt aber auch die Strafvollzugsbediensteten in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen. LMR **Mues** wies diesbezüglich auf ein noch in der Bearbeitung befindliches neues Vollzugskonzept für das Land NRW hin. Entsprechend dieser Vorgaben gelte es, das vorhandene Personal gerecht auf alle Anstalten zu verteilen. Personalverschiebungen seien daher nicht ausgeschlossen, sollten aber zuvor eingehend mit der Basis diskutiert werden, um möglichst einen breiten Konsens zu erzielen. Korrekturen an der Personalausstattung der JVAen seien letztlich aber nicht ausgeschlossen.

Im Verlauf der weitergehenden Diskussionen nahmen die Personalvertreter u.a. zustimmend zur Kenntnis, dass **NRW-Justizminister Kutschaty** allen 13 Absolventen des Studiengangs „Strafvollzug“ ihre Diplomurkunden als „Diplom-Verwaltungswirte (FH)“ ausgehändigt hat. **Hier hatte der BSBD massive Einwendungen gegen die Absicht erhoben, den**



**Aufstiegsbeamten nach bestandener Laufbahnprüfung zunächst noch eine „Bewährungszeit“ im bisherigen Amt aufzuerlegen. Von diesem Vorhaben hat das Justizministerium nunmehr abgesehen.** Viele weitere Probleme wurden von den Personalräten angesprochen. Dabei wurde kein Zweifel daran gelassen, dass man eine Behandlung nach „Gutsherrenart“ durch die Ministerialbürokratie weder akzeptieren noch künftig hinnehmen werde. Wenn es die politische Absicht der Landesregierung sei, die Beschäftigten wieder als Partner zu sehen, dann müsse dies auch durch das Ministerium so vorgelebt werden. Eine „Basta-Politik“ sei etwas anderes als Kooperation und müsse zwangsläufig zur Verhärtung der Standpunkte und damit zur Konfrontation führen.



Die Personalvertretungen des Vollzuges sind zu einer partnerschaftlichen, konstruktiven Zusammenarbeit mit den Dienststellen bereit.

OV Bielefeld-Oberems

## Neue Eindrücke und ein prächtiges Gemeinschaftserlebnis bestimmten die diesjährige Exkursion

**V**oller Erwartung starteten die Pensionäre des Ortsverbandes im Herbst zu einer weiteren Exkursion. Eine Österreich-Reise hatten die Veranstalter geplant. In ziemlich aufgeräumter Urlaubsstimmung machte sich die Reisegesellschaft auf den Weg. Bereits diese Anreise wurde zu einem Augenschmaus. In Hessen hatte es noch geregnet und Nebel begleitete sie eine gute Wegstrecke, aber ab Franken klarte es auf. Die Holedau zeigte sich mit ihrem Hopfenranken als schöner Kontrast zum nun blauen bayerischen Himmel. Am Abend war die Reisegesellschaft rechtschaffen müde. Am nächsten Tag sollte sich dem Betrachter dann in voller Pracht präsentieren, was eine Reise in die Berge so verlockend macht: Der einmalige Kontrast und das farbliche Zusammenspiel von blauem Himmel, grünen Wiesen und schneebedeckten Bergen.



Der Salzburger Dom zählt zu den größten sakralen Bauwerken weltweit.

Der Atem der Geschichte war spürbar, als sich die Reisegesellschaft anderntags auf den Weg nach Österreich machte. Vorbei am Chiemsee waren durch die Fenster des Busses die Konturen von Herrenchiemsee zu erahnen, wo im August 1948 der Verfassungskonvent tagte, um die Vorlage eines Grundgesetzes für den Parlamentarischen Rat zu erarbeiten. Über die Inntal-Autobahn, vorbei an der Feste Kufstein reisten die Pensionäre entlang des Massivs des Wilden Kaisers nach St. Johann, wo Station gemacht wurde. Nach dem Bezug der geschmackvoll eingerichteten Zimmer stärkte man sich beim Abendessen im Restaurant. Einige nutzten den Abend um sich bei einem kleinen Spaziergang etwas Bewegung zu verschaffen und einen ersten Kontakt zu den österreichischen Nachbarn herzustellen. Die Besichtigung der Mozartstadt Salzburg stand anderntags auf dem Programm. Viele sehenswerte Dinge, wie zum Beispiel der 15 m hohe Residenzbrunnen, nimmt man quasi im Vorbeigehen mit. Sämtliche Sehenswürdigkeiten Salzburgs kann man bequem zu Fuß erreichen. Per Pedes durch den Mirabellpark, am nördlichen Salzach-Ufer entlang, erreicht man den Kapuzi-

nerberg. Ein kleiner Aufstieg zum Kapuzinerkloster und man wird mit einem grandiosen Blick auf Salzburg und die gegenüberliegende Burg Hohensalzburg belohnt. Die Besichtigung des Salzburger Domes gehört zum absoluten Pflichtprogramm eines jeden Besuchers. Faszinierend ist bereits der Blick vom Domplatz auf die dreigeschossige Vorderfassade des prächtigen Domes. Auf dem Domplatz befindet sich die Mariensäule, die den Triumph der Kirche über die Macht des Bösen symbolisieren soll. Der Dom wurde erstmals im 8. Jahrhundert errichtet. Heute finden wir den dritten Bau am gleichen Ort vor. Der Dom ist mit 86 m Länge und 62 m Breite einer der größten überhaupt. In seinem riesigen Schiff finden knapp 10.000 Menschen Platz. Einer der schönsten Flecken der Stadt ist der Mirabell-Garten. Dieser kunstvoll und liebevoll angelegte Park ist eine Augenweide für Garten- und Pflanzen-Liebhaber. In diesem Park findet man mühevoll zurechtgeschnittene Kleinhecken,

zu schönen Ornamenten gepflanzte Blumenbeete, Brunnen mit Wasserfontainen und großzügig angelegte Parkflächen. Der vielleicht berühmteste Platz in der Getreidegasse ist das Haus mit der Nummer 9. Hier wurde nämlich am 27. Januar 1756 der berühmteste Sohn der Stadt, Wolfgang Amadeus Mozart, ge-

boren. Im Mozarthaus findet man eine Ausstellung über Mozarts Werke, seine Musikinstrumente und Dokumente der Familie Mozart. Die geniale Kunst dieses großen Musikers strahlt aus bis in unsere Tage. Das Genie dieses Mannes inspiriert und beeinflusst auch noch Künstler unserer Tage.



Weltberühmt geworden ist das Hotel durch das Singspiel von Ralph Benatzky.



Das Salzkammergut mit dem Wolfgangsee waren eine Reise wert.

## Kleine Weisheiten



*Die Welt ist voller brauchbarer Menschen, aber leer an Leuten, die den brauchbaren Mann einstellen.*

Johann Heinrich Pestalozzi (1746 – 1827), schweizer Pädagoge und Sozialreformer



*„Frühreife Greise beziehen ihre Rente in der Form des Gehaltes!“*

Dr. Manfred Hinrich (\*1926), deutscher Philosoph und Aphoristiker



*Die Alternative zur Sackgasse heißt Holzweg!“*

Werner Mitsch (1936 - 2009), deutscher Aphoristiker



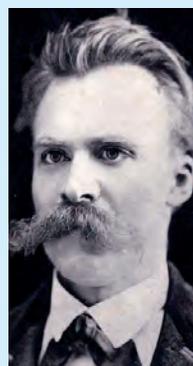
*Zu Ansehen gelangt man, indem man sich zu werden bemüht, als was man gerne gelten möchte!“*

Sokrates (470 – 399 v.Chr.), griechischer Philosoph



*Der Vorteil eines schlechten Gedächtnisses ist, dass man dieselben guten Dinge mehrere Male zum ersten Mal genießt.*

Friedrich Nietzsche (1844-1900), deutscher Philosoph



*So lange wir jung sind, man mag uns sagen, was man will, halten wir das Leben für endlos und gehen danach mit der Zeit um. Je älter wir werden, desto mehr ökonomisieren wir unsere Zeit. Denn im späteren Alter*

*erregt jeder verlebte Tag eine Empfindung, welche der verwandt ist, die bei jedem Schritt ein zum Hochgericht geführter Delinquent hat.*

Arthur Schopenhauer (1788-1860), deutscher Philosoph



*Ein Meinungs- tausch ist, wenn ein Beamter mit seiner Meinung zu seinem Vorgesetzten geht und mit dessen Meinung zurückkommt.*

Andrej Gromyko (1909-1989), russischer Politiker, der wegen seiner sturen Verhandlungsführung als „Genosse Njet“ bezeichnet wurde.

